

nr. 2 – märz/april 2016

ecke köpenicker

Seite 3: Wohnhochhaus Fischerinsel Seite 4: Drogenhandel – Mieterversammlung mit Polizei

Seite 6/7: Wohnungen für Flüchtlinge – ein Interview Seite 11: Betriebsschule Rudi Arndt



Ch. Eckelt

Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 25. April. Unser letztes Bilderrätsel zeigte die Uhr- und Temperaturanzeige auf dem Dach des Jannowitz-Centers. Gewinnerin ist Ursula Schenker – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Förderung von Nachbarschaftsprojekten

Die »Conrad-Stiftung Bürger* für Mitte« ruft dazu auf, Ideen für Projekte zum Motto »Nachbarschaft neu erleben – Miteinander in der wachsenden Stadt« einzubringen. Mit dem Aufruf verfolgt die Stiftung das Ziel, durch Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ein spannendes und lebenswertes Miteinander in der Nachbarschaft im Bezirk zu fördern. Jede Idee ist willkommen, ob es sich um eine besondere Veranstaltung, eine Aktion zur Verbesserung des Wohnumfeldes oder auch um ein anderes – auch ungewöhnliches – Format handelt. Die Umsetzung der Projekte können mit einem Betrag in Höhe von bis zu 5.000,- € gefördert werden. Besonders erwünscht sind Projekte, die an Bestehendes anknüpfen, an denen mehrere Kooperationspartner beteiligt sind oder die eine Eigenleistung einbringen. Die Anträge sind formlos mit einer konzeptionellen Beschreibung bis spätestens 30.4.2016 bei der Geschäftsstelle der Stiftung einzureichen: Bezirksamt Mitte von Berlin, Geschäftsstelle Conrad-Stiftung Bürger* für Mitte, 13341 Berlin (Postanschrift), Telefon 901 83 26 34.

Bürgersprechstunde

Jeden Montag steht das Koordinationsbüro (KoSP GmbH, Betreuer des Sanierungsgebiets) vor Ort zur Verfügung, um Fragen rund um das Sanierungsgeschehen zu beantworten. Die Bürger- und Akteurssprechstunde findet montags zwischen 14 und 18 Uhr im Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101 (U-Bhf. Heinrich-Heine-Straße) statt. Zudem bearbeitet das Koordinationsbüro sämtliche Nutzungsanfragen für den Stadteilladen »dialog 101«. Dieser steht für Aktivitäten und Veranstaltungen mit Quartiersbezug unentgeltlich zur Verfügung. Denkbar sind beispielsweise Ausstellungen, Tagungen, Workshops oder Arbeitsgruppentreffen. Weitere Informationen zum Stadteilladen (inkl. Belegungskalender und Antragsformular) erhalten Sie auf der Website www.luisenstadt-mitte.de

Termine

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101, demnächst also am 19. April. Die Sitzungen der BV sind öffentlich, hier kann sich jeder interessierte Anwohner engagieren. Jeder, der dreimal teilgenommen hat, wird stimmberechtigtes Mitglied. Die Betroffenenvertretung ist ein wichtiges Gremium und die Interessenvertretung der Bürger im Sanierungsgebiet. Die BV freut sich immer über neue Mitstreiter!

»Runder Tisch Köpenicker Straße«

Der Runde Tisch berät über Lösungsmöglichkeiten für Probleme im Gebiet, insbesondere Drogen, Lärm, Müll und Verkehrsströme, die durch die starke touristische Belastung und die Clubszene entstehen. Eigentümer, Mietervertreter, Club- und Hostelbetreiber, Polizei, Ordnungsamt tagen zusammen mit dem Präventionsbeauftragten des Bezirks als Moderator. Die Runde findet alle zwei Monate statt und ist öffentlich. Nächster Termin: 3. Mai 2016, 11–13 Uhr, Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101.

Die nächste »Ecke Köpenicker«

Die nächste »Ecke Köpenicker« erscheint Anfang Mai 2016. Redaktionsschluss ist Freitag, der 22. April 2016. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf der Website www.luisenstadt-mitte.de sowie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: www.buergerverein-luisenstadt.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, ecke.koepenicker@gmx.net
Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesell, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Grünanlage gerodet

Neues Wohnhochhaus auf der Fischerinsel geplant

Die kleine Grünanlage ist bereits gerodet: Viele Monate, bevor die WBM auf der Fischerinsel mit der Errichtung eines neuen Wohnhochhauses beginnt, wurden schon mal rund 80 Bäume gefällt. Auf dem historischen Flecken am Mühlendamm befand sich früher der Cöllnische Fischmarkt – ein Siedlungskern der Stadt. Deshalb soll den Archäologen ausreichend Zeit gegeben werden, um das Gelände gründlich zu untersuchen. Anschließend wird hier das siebte Hochhaus der Fischerinsel entstehen – zum Missfallen namhafter Stadtplaner wie Dieter Hoffmann-Axthelm oder Architekten wie Bruno Flierl, die zu den Erstunterzeichnern einer Protestresolution zählen. Hoffmann-Axthelm war einer der Protagonisten des »Planwerks Innenstadt«, das in den späten 1990er Jahren äußerst kontrovers diskutiert wurde, Bruno Flierl war einer seiner schärfsten Kritiker. Wollte Hoffmann-Axthelm die historischen Strukturen im Stadtbild wieder sichtbar werden lassen, so ging es Flierl darum, die DDR-Moderne behutsam weiter zu entwickeln: Was jetzt herauskommt, scheint beiden nicht zu gefallen. Auch vielen Anwohnern nicht. »Das neue Hochhaus steht viel zu dicht an dem Be-

stand«, meint der Sprecher der Fischerinsel-Initiative, Eckhard Frenzel: »25 bis 30 Meter Abstand sind klar zu wenig!« Das neue Wohnhochhaus wird mit einer Höhe von 58 Metern nur geringfügig kleiner sein als die bestehenden und soll direkt westlich des Hochhauses Fischerinsel 1 entstehen, der Blick auf den Sonnenuntergang wird den meisten Bewohnern also verbaut. Dabei spricht sich Frenzel nicht grundsätzlich gegen Hochhäuser und eine weitere Verdichtung des Wohngebiets aus. »Es ist schon klar, dass wir kommunalen Wohnungsbau in der Innenstadt brauchen, obwohl es hier jetzt schon viel dichter ist als zum Beispiel im Märkischen Viertel.« Es hätte aber auch alternative Standorte gegeben, etwa an der Stelle des Kreativhauses, das man in den Neubau hätte integrieren können, oder eines Parkplatzes auf dem Gelände. »Aber die Grünanlage zu bebauen, obwohl die an dieser Stelle auch eine wichtige Funktion für die Reinhaltung der Luft hat, ist sträflich.« Wenige hundert Meter weiter, an der Leipziger Straße 32 werden die schlechtesten Luftmesswerte der Stadt registriert: Im Jahr 2014 wurden an der dortigen Messstelle im Mittel 69 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft des giftigen Stickstoffdioxid gemessen, zulässig sind durchschnittlich maximal 40 Mikrogramm. Frenzel kritisiert auch das Vorgehen der WBM: »Die Mieter wurden erstmals im letzten September durch einen Aushang im Schaukasten informiert.« Da hatte das Preisgericht aber schon getagt, den Siegerentwurf eines bereits im Mai ausgeschriebenen, europaweiten Wettbewerbs gekürt und zur Realisierung empfohlen. Obwohl auf der Fischerinsel Mietervertretungen existierten,

seien Mieterbeiräte nicht in die Entscheidungsfindung eingebunden worden. Erst nachträglich wurden sie bei einer Veranstaltung über den Siegerentwurf informiert. Freilich waren die Pläne für ein Bauvorhaben, für das neben der Grünanlage auch ein großer Parkplatz entfällt, auch kein Geheimnis gewesen. Die u-förmige Blockrandschließung entlang der Straße Fischerinsel und dem Mühlendamm ist bereits im »Planwerk Innere Stadt« eingetragen, der im Jahr 2010 vom Senat beschlossenen Weiterentwicklung des oben genannten »Planwerks Innenstadt« von 1999. cs

Adalbertschule künftig vierzügig?

Die Bevölkerung wächst schneller als angenommen

Das Blockkonzept »Westlicher Melchiorblock« wird vorerst nicht weiterentwickelt. Zuerst soll geprüft werden, ob und unter welchen Bedingungen der Schulstandort Adalbertstraße 53 nicht auch zu einer vierzügigen Grundschule ausgebaut werden kann.

Vor wenigen Jahren noch stand die komplette Aufgabe des Schulstandorts im Raum, der seit 2008 leer steht. Bis 2006 befand sich hier die City-Grundschule, vor der Wende eine polytechnische Oberschule. Gegen die Aufgabe hatte unter anderem die Betroffenenvertretung des Sanierungsgebiets Nördliche Luisenstadt protestiert. Die Sanierungsverwaltung des Bezirks gab 2014 eine detaillierte Infrastrukturanalyse in Auftrag. Wegen des großen Wohnungsbaupotentials in der Umgebung und einer zu erwartenden Verjüngung der Wohnerschaft bereits bestehender Wohnanlagen kam diese zu dem Ergebnis, dass bis 2027 ein Mehrbedarf für eine neue Grundschule von 2,5 bis 4 Zügen entsteht.

Das Blockkonzept, in dem die Realisierungsmöglichkeit auf dem Gelände konkret überprüft wurde, schlug eine 2,5-zügige Schule vor. Die erscheint angesichts der aktuellen Entwicklungen allerdings als zu klein: Die Bevölkerung wächst schneller als angenommen, verstärkt durch den Zuzug von Flüchtlingen. Eine vierzügige Grundschule braucht jedoch nicht nur ein deutlich größeres Schulgebäude, sondern auch größere Hofflächen und Sportanlagen. cs



Polizei im Dialog mit Mietern

Eine Anwohnersammlung zur Drogenproblematik an der Köpenicker

Entlang der U8 blüht der Drogenhandel, Schwerpunkte sind beispielsweise der Kotti, der Weinbergspark und auch der U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße, in dessen Umfeld sich zahlreiche Clubs befinden. Die Auswirkungen bekommen auch die Mieter der umliegenden Wohnhochhäuser an der Köpenicker und Heinrich-Heine-Straße deutlich zu spüren: die Geschäfte der Dealer spielen sich im U-Bahnhof, aber auch dem Umfeld ab, u.a. auf einem Kinderspielplatz; Vorgärten und öffentliche Grünanlagen werden als Drogenverstecke genutzt, Drogennutzer verschaffen sich Zutritt zu den Wohnhäusern, um ungestört zu konsumieren, die Bewohner sind mit unangenehmen Hinterlassenschaften konfrontiert: Drogenutensilien, leere Flaschen, Müll, Urin. Viele sind verunsichert, wie sie auf konkrete Situationen reagieren können oder sollen.

All diese Probleme kamen am regelmäßig stattfindenden »Runden Tisch Köpenicker« zur Sprache, in der Folge wurde im November 2015 ein Kiezspaziergang organisiert, bei dem Anwohner, Polizei, der Präventionsrat des Bezirks Mitte, Vertreter der WBM und andere die neuralgischen Orte besuchten und über Lösungsmöglichkeiten diskutierten. Dabei gab Ingrid Hermannsdörfer, beim Landeskriminalamt zuständig für städtebauliche Prävention, wertvolle praktische Hinweise, wie man mit baulichen Veränderungen im öffentlichen Raum und in den Gebäuden die Situation für die Anwohner verbessern kann (siehe Ausgabe 8/2015). Vereinbart wurde zudem, mit der Polizei eine Mieterversammlung zur Beratung durchzuführen. Die fand Anfang März im Stadtteil laden »dialog 101« statt, mehrere Beamte des zuständigen Polizeiabschnitts 32 informierten und beantworteten die Fragen der Mieter, ebenso wie die zuständige Mitarbeiterin der WBM und Ralf Köhnlein vom Verein Fixpunkt e.V. – die Streetworker von Fixpunkt leisten u.a. in Mitte an mehreren Brennpunkten mobile Sozialarbeit.

Unaufgeregt, erfreulich sachlich, konstruktiv und konkret ging es auf der Veranstaltung zu. Die Polizei berichtete über ihre unmittelbaren Maßnahmen (verstärkte Einsätze und Kontrollen auf dem U-Bahnhof, Zivilmittler, Einsatz von Streifenwagen). Seit Dezember sei ein leichter Rückgang von Drogendelikten zu verzeichnen. Dennoch sei die Arbeit auch aufgrund juristischer Bedingungen und der immer organisierteren Strukturen der Dealerszene schwierig. Allen war bewusst, dass der Drogenhandel ein gesellschaftliches Problem ist, das mit polizeilichen Maßnahmen nicht gelöst, sondern bestenfalls eingedämmt werden kann und sich letztlich von Ort zu Ort verschiebt – z.B. entlang der U8. Bei den präventiven Maßnahmen geht es vor allem darum, Rückzugsorte und Drogenverstecke zu verhindern. So ist die Polizei bereits im Gespräch mit dem bezirklichen Straßen- und Grünflächenamt, um die Freifläche vor der Köpenicker Str. 101 mit den Hochbeeten zu verändern, die bislang ein ideales Versteck für Drogen bieten. Auch die dichte Bepflanzung vor der Köpenicker 103 müsse deshalb dringend ausgelichtet werden, merken Mieter an.

Zusätzliche bzw. spezielle Beleuchtung in Hausfluren und Durchgängen, die Sicherung von Zugängen z.B. zu Kellern, die Anbringung von Spiegelflächen an schwer einsehbar Winkeln in Häusern können zu mehr Einsehbarkeit und sozialer Kontrolle beitragen. Wie die WBM-Mitarbeiterin berichtet, wurden bereits diverse Maßnahmen an Hauseingängen und in den Häusern vorgenommen, andere sind in Arbeit oder werden geprüft.

Der Zugang zu den Häusern soll für ungebetene Besucher erschwert werden – dazu gehören bauliche Maßnahmen wie die Anbringung der Briefkästen außen und Türsicherungen, aber vor allem die soziale Kontrolle durch die Mieter: nicht einfach den Türöffner drücken, wenn jemand klingelt, sondern immer nachfragen, wer ins Haus will, fremde Personen im Haus freundlich ansprechen, in Notfällen die Polizei rufen (»lieber einmal zuviel als einmal zuwenig«), – das sind einige Verhaltensregeln. Trifft man jemanden an, der gerade Drogen konsumiert, sollte man ihn besser nicht ansprechen, weil Süchtige dann besonders unter Suchtdruck und Stress stehen. Bei hilflosen Personen muss die Rettungshilfe geholt werden, insgesamt »geht Selbstschutz vor«, sagt Ralf Köhnlein, der auch Flyer mit praktischen Verhaltenstipps für Anwohner mitgebracht hatte. Herumliegende Spritzbestecke sollten nur mit speziellen langen Greifern entfernt und in sicheren Behältern entsorgt werden – die WBM-Hausmeister wurden im Umgang damit geschult.

Die Polizei und auch Fixpunkt brauchen aber auch die Hinweise und Mithilfe der Anwohner. Dabei ist die Polizei vor allem an Angaben zu Dealern (Beobachtungen, Personen- und Situationsbeschreibungen, Drogenverstecke etc.) interessiert, Fixpunkt wiederum an der Erreichbarkeit der Konsumenten (Aufenthaltsorte und -Zeiten). Generell, so ein Anwohner, »müssen wir als Mieter aufmerksamer und achtsamer sein – sonst haben wir schon verloren«. Auch der »Runde Tisch Köpenicker« wird sich weiter um die aktuellen Entwicklungen kümmern. us

*Kontakt Polizeiabschnitt 32: Telefon 466 43 32-100/-110/-111 (zu Bürozeiten; in Notfällen die 110), Mail: dir3a321.dgr@polizei.berlin.de
Fixpunkt e.V.: Telefon 616 75 58 80, Mail: r.koehnlein@fixpunkt.org
Nächster Runder Tisch Köpenicker: Di, 3. Mai, 11-13 Uhr*



Bauruine an der Köpi

Seit Jahren liegt dieser Rohbau in der Köpenicker Straße 139/140 – gleich neben dem alternativen Wohn- und Kulturprojekt Köpi 137 – brach. 2006 begann ein Investor hier den Bau eines Seniorenheims, ein Jahr später meldete er Insolvenz an, das Grundstück wurde an einen Bauträger verkauft. Passiert ist seither – nichts.

Woher neues Bauland nehmen?

Bodenpreise binnen zweier Jahre verdoppelt

Im vergangenen Jahr sind die Grundstückswerte in Berlin wieder extrem gestiegen – in den Wohngebieten der Innenstadt um rund 50%. Auch im Jahr zuvor war der Anstieg schon erheblich: In den letzten beiden Jahren zusammen haben sich die Bodenpreise der Innenstadt rundweg verdoppelt. Das ist eine alarmierende Entwicklung, denn unter anderem wird Wohnungsneubau dadurch eher verhindert. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt will jetzt handeln und mehr Bauland ausweisen. Doch wo?

Ende Februar jeden Jahres veröffentlicht der »Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Berlin« eine aktuelle Karte mit den Bodenrichtwerten der Stadt. Darin sind die aktuellen Werte der Grundstücke (ohne die der darauf befindlichen Gebäude) eingetragen, die auf der Grundlage der Verkäufe des Vorjahres ermittelt wurden.

In den Wohngebieten um die Müllerstraße zum Beispiel stiegen die Werte von 370 Euro/qm am 1. Januar 2014 auf 750 Euro/qm am 1. Januar 2016, in Moabit nördlich der Turmstraße von 510 auf 1000 Euro/qm, in der Nördlichen Luisenstadt von 1000 auf

2000 Euro/qm. Im dortigen Sanierungsgebiet, das als Mischgebiet mit einem »ausgewogenen Verhältnis zwischen Dienstleistungs- und Wohnnutzung« charakterisiert ist, kletterte der Bodenrichtwert in den zwei Jahren von 700 auf 1600 Euro/qm und hat sich damit sogar mehr als verdoppelt. Dort gibt es mehrere größere, noch unbebaute Grundstücke, für die alle auch schon Bauvorbescheide oder gar Baugenehmigungen erteilt wurden – im Sanierungsgebiet wird darüber regelmäßig der Betroffenenvertretung berichtet. Tatsächlich gebaut wurde aber kaum. Fragt man nach den Ursachen, so zucken die Experten mit den Achseln: Wenn unbebaute Grundstücke so rapide im Wert steigen wie jetzt, dann warten etliche Eigentümer lieber ab. Warum das Risiko einer Investition auf sich nehmen, wenn der nächste »Investor« schon bereit steht und einem den ursprünglichen Einsatz verdoppelt oder verdreifacht?

»Wohnen muss bezahlbar bleiben, deshalb müssen wir die Bodenspekulation verhindern,« sagt der für Wohnen zuständige Staatssekretär Engelbert Lütke Daldrup: »Berlin muss schnell mehr Bauland ausweisen.« Eine »Planungs-Task-Force« mit 50 zusätzlichen Stellen, 20 davon in den Bezirken, werde aufgebaut, damit mehr Bebauungspläne in kürzerer Zeit bearbeitet werden könnten. Ob das ausreicht, sei dahingestellt. Denn die große Frage ist: Auf welchen Flächen soll dieses neue Bauland denn so massenweise entstehen? Wo hat die Stadt noch wesentliche Reserven, die für diesen Zweck eingesetzt werden könnten?

Bildecke



Deutlich schwächer stiegen dagegen die Bodenwerte in Gewerbegebieten. So hat sich zum Beispiel der Grundstückswert des Geländes von Bayer HealthCare (ehemals Schering) im Wedding in den beiden Jahren nur von 400 auf 500 Euro/qm erhöht, der des Gasturbinenwerkes von Siemens und der des Großmarkts in Moabit von 90 auf 110 Euro/qm. Natürlich kann man nicht einfach diese Gebiete zu Bauland für Wohnungen umwandeln, aber man könnte durchaus die Gewerbegebiete der Stadt nach geeigneten Flächen durchsuchen. Beispielsweise werden bald viele Betriebe das Umfeld des Flughafens Tegel verlassen, die jetzt noch für den Flughafen arbeiten.

Eine solche Strategie wird jedoch auf Widerstand in der Senatsverwaltung für Wirtschaft und der Berliner Industrie- und Handelskammer stoßen. Die Lobby derer, die von einer neuerlichen Industrialisierung Berlins träumen, ist stark und Flächen, die für Gewerbeansiedlungen zur Verfügung stehen, werden von ihr eisern verteidigt. Zusätzliche Jobs entstanden dort in den vergangenen Jahren aber nicht gerade. Auch Büroflächen sind trotz Jobwachstums nicht knapp geworden und werden oft sogar in Wohnungen umgewandelt. Immer mehr Menschen arbeiten im »home office« in der eigenen Wohnung: Auch darauf sollte sich die Stadt einstellen und ihre Flächennutzungsplanung entsprechend korrigieren. cs

Die Karte mit den Berliner Bodenrichtwerten der vergangenen Jahre findet man im Internet unter <http://fbinter.stadt-berlin.de/boris>

»Ohne die Aufnahmebereitschaft der Berliner wird es nicht gehen«

Ephraim Gothe über Flüchtlingsunterkünfte in Berlin

Ephraim Gothe war bis 2011 Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung in Mitte und danach bis 2014 Berliner Staatssekretär für Wohnen. Inzwischen ist er im »Landesweiten Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement« für die künftige Unterbringung der Flüchtlinge zuständig.

Herr Gothe, es heißt, im vergangenen Jahr seien ca. 80.000 Flüchtlinge in Berlin angekommen. Berlin ist aber nur dazu verpflichtet, etwa 5% der Flüchtlinge unterzubringen, die insgesamt nach Deutschland kommen. Bei insgesamt 1,1 Millionen wären das nur 55.000. Wie erklärt sich der Unterschied?

Addiert man die einzelnen Tagesankünfte, so kommt man tatsächlich auf eine Summe von rund 80.000. In den verschiedenen Einrichtungen wurden jedoch nur etwa 52.000 untergebracht. Denn viele, die zum Beispiel in Sonderzügen aus Bayern hergeschickt wurden, zogen anschließend sofort weiter – zu Verwandten in anderen deutschen Städten zum Beispiel oder in Nachbarländer wie Schweden oder Holland.

Mit wie vielen Flüchtlingen rechnen Sie in diesem Jahr? Der Bund will ja dafür sorgen, dass sich die Zahl deutlich reduziert ...

Keiner kann das seriös abschätzen. Der Senat geht aber für Berlin von weiteren 50.000 in diesem und nochmals so vielen im nächsten Jahr aus. Das ist jedenfalls die Zahl, auf die wir uns einrichten. Denn es werden außer neuen Flüchtlingen auch noch nachziehende Familienangehörige jener, die bereits hier sind, dazu kommen. Und mit einer Aufenthaltserlaubnis wird vielen Flüchtlingen ja auch die Freizügigkeit innerhalb Deutschlands gewährt. Etliche werden dann in die Ballungsräume, also auch nach Berlin ziehen.

Und wo sollen sie untergebracht werden?

Um es gleich zu sagen: Ohne die Bereitschaft der Berlinerinnen und Berliner, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, wird es nicht gehen. Wir haben das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk EJF damit beauftragt, Flüchtlinge aus Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen zu vermitteln. Mehr als 2000mal ist das im vergangenen Jahr auch schon gelungen. In diesem Jahr sollte die Zahl fünfstellig werden. Es haben sich auch schon rund ein Dutzend Initiativen in diesem Bereich gebildet, wie zum Beispiel »Flüchtlinge Willkommen«, die Zimmer in Wohngemeinschaften vermittelt. Auch die Bezirke bauen jetzt solche Vermittlungsplattformen auf, in Mitte ist Stadtrat Stephan von Dassel da sehr aktiv. Viele Berlinerinnen und Berliner wohnen in großen Wohnungen und hätten durchaus die Möglichkeit, noch jemanden aufzunehmen. Die Kosten werden dann bis zu den am Mietspiegel ausgerichteten Obergrenzen der »Ausführungsvorschrift Wohnen« übernommen, die auch für Hartz-IV-Empfänger gelten. Dabei können sie sogar bis zu 10% darüber liegen, weil die Flüchtlinge akut von Obdachlosigkeit bedroht sind. Über all dies berät auch das EJF in seiner Beratungsstelle am LaGeSo.



Ch. Eckelt

Aber Berlin will ja auch bauen. Kurzfristig zum Beispiel neue Containerdörfer – dabei hieß es noch vor einigen Monaten, der Markt für solche Container sei in Deutschland absolut leergefegt.

Das hat der Weltmarkt inzwischen reguliert: Bei uns gehen genügend Angebote aus allen Teilen der Erde ein, zuletzt zum Beispiel über 500 Wohncontainer, die ursprünglich für die Erdölexploration in Sibirien gefertigt wurden, wegen des Ölpreisverfalls jetzt aber nicht eingesetzt werden. Wir wollen in diesem Jahr rund 12.000 bis 15.000 Plätze in solchen Wohncontainern einrichten und verhandeln mit den Bezirken über die Standorte. Dazu kommen dann noch weitere ungenutzte Bürogebäude wie etwa das Rathaus Friedenau.

Am ehemaligen Flughafen Tempelhof werden rund 4.000 zusätzliche Plätze in Hallen eingerichtet. Hier entsteht dann der zentrale Ort des Ankommens, an dem auch die Behörden vertreten sein werden: das LaGeSo, die Ausländerbehörde und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, aber auch das Jobcenter. Wir müssen so schnell wie möglich von den Sporthallen wegkommen. Das ist die schlechteste aller Varianten – für die Berliner, für die Flüchtlinge selbst, aber auch für die Finanzen der Stadt: Nichts ist so teuer wie die Notunterbringung in Sporthallen, weil man hier besonders viel Personal benötigt.

Was ist mit den »MUFs«, den »Modularen Unterkünften für Flüchtlinge« von denen so oft die Rede ist?

Wir rechnen damit, dass bis Jahresende die ersten 3.000 bis 4.000 Plätze fertig sind, der größte Teil wird aber erst 2017 folgen. Diese industriell vorgefertigten Systeme lassen sich deutlich schneller bauen als konventioneller Wohnraum, darin liegt der große Vorteil. Die Kosten dagegen sind meist nicht niedriger – obwohl es bei Holzkonstruktionen mit bis zu drei Geschossen sehr interessante Angebote gibt. Diese »MUFs« dienen dann als Gemeinschaftsunterkünfte für Familien oder Wohngemeinschaften von Flüchtlingen. In der Standardversion der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung haben sie Gemeinschaftsküchen. Der Großteil dieser modularen Bauten wird allerdings von den sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und der ebenfalls landeseigenen Immobiliengesellschaft Berlinovo errichtet, wobei diese sich nicht an die Standardversion halten müssen. Da die Gebäude ja dauerhaft stehen bleiben sollen, werden sie so geplant, dass sie ohne großen Aufwand auch für andere Zwecke ge-

nutzt werden können, etwa als Studentenwohnheime oder auch als normale Wohnungen. Es wird sehr flexible Varianten geben, wir sind da sehr gespannt.

Besteht nicht die Gefahr, dass sich damit soziale Brennpunkte bilden?

Wir bemühen uns sehr darum, die Standorte möglichst über die ganze Stadt zu verteilen, und nutzen dazu landeseigene Grundstücke oder solche landeseigener Unternehmen. Auch der evangelische Friedhofsverband stellt Standorte auf Wirtschaftsflächen, die nicht mehr benötigt werden, zur Verfügung. Die einzelnen Standorte sollen jeweils rund 500 Bewohner aufnehmen können und sind etwa so groß wie ein bis zwei Fußballfelder. Es ist aber auch klar, dass es schwieriger ist, in der dicht bebauten Innenstadt solche Grundstücke zu finden.

Werden auch im Bezirk Mitte solche modularen Unterkünfte entstehen?

Klar ist noch nichts. Bisher ist nur ein einziger Standort im Gespräch: auf dem Gelände der Wiesenburg in der Weddingener Wiesenstraße. Dabei will die DEGEWO zusammen mit dem Verein Wiesenburg e.V. an die historische Nutzung als Obdachlosenasyl anknüpfen. Es gibt auch schon spannende Vorschläge, bei denen etwa auch Werkstätten in die Unterkünfte integriert werden.

In Mitte könnten aber auch zwei andere Standorte für Container zumindest temporär genutzt werden: zum einen der Parkplatz am Haus der Statistik in der Nähe des Alexanderplatzes (Otto-Braun-Straße) und zum anderen ein Gelände unweit des Flughafens Tegel: beim Zentralen Festplatz, der wie viele gar nicht wissen, ja auch zum Bezirk Mitte gehört.

Sie waren in letzter Zeit viel auf Reisen und haben sich angeschaut, wie andere Städte in Deutschland mit dem Problem umgehen. Was können wir in Berlin noch lernen?

Große Städte wie München, Hamburg, Köln oder Frankfurt wissen ja schon viel länger als Berlin, dass sie eine Wachstumsperspektive haben. Dort geht man dementsprechend auch mit Liegenschaften ganz anders um. Zwar hat sich auch in Berlin die Liegenschaftspolitik in den letzten Jahren grundsätzlich verändert – man verkauft nicht

mehr einfach kommunale Grundstücke an den Meistbietenden, sondern achtet darauf, was mit den Grundstücken später passiert. In vielen anderen Städten betreibt die Kommune aber darüber hinaus eine aktive Liegenschaftspolitik: Sie kauft also strategisch auch Grundstücke auf, die in Zukunft gebraucht werden können. Dazu müssten wir in Berlin auch kommen.

Interview: Christof Schaffelder

Stadtforum am 4. April

Das nächste Berliner Stadtforum steht unter dem Motto: »Berlins neue Gründerzeit: Alle wollen wohnen.« Die Wohnungspolitik ist derzeit eines der dringlichsten Themen der Stadt.

Der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel, lädt ein, über das Thema gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft sowie der Berliner Stadtgesellschaft zu debattieren.

Wie kann das Leben und Wohnen im wachsenden Berlin gestaltet werden? Was bedeutet die neue, dritte Gründerzeit für Berlin? Was bedeuten das städtische Wachstum und das schnelle Bauen für die Quartiere und das Zusammenleben? Welche Architektur, welcher Städtebau, welche sozialräumlichen Konzepte sind erforderlich, um lebenswerte und nachhaltige Quartiere zu schaffen, die zu einer gelingenden Integration der Neu-Berlinerinnen und Neu-Berliner beitragen? Wie und wo werden Transformation und neue Quartiere organisiert?

Über die Frage »Alle wollen wohnen: Wie kann Berlin das schnell und gut schaffen?« kann außerdem online schon jetzt diskutiert werden: seit Ende Februar 2016 ist die aktualisierte Seite www.berlin.de/stadtforum als Forum freigeschaltet, bereits jetzt finden sich dort viele Beiträge. Dort ist auch das Programm des Abends einsehbar.

*Stadtforum Berlin, 4. April, 18.00–20.30 Uhr, Ort: Tempodrom, Möckernstraße 10, 10962 Berlin
Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Anmeldung nicht erforderlich.
www.berlin.de/stadtforum*

»Wir müssen so schnell wie möglich von den Sporthallen wegkommen. Das ist die schlechteste aller Varianten – für die Berliner, für die Flüchtlinge selbst, aber auch für die Finanzen der Stadt.«



Ch. Eckelt

Die zwei Seiten des Tourismus

»Runder Tisch Tourismus« und der Erfahrungsaustausch »Stadtverträglicher Tourismus« diskutieren Handlungsoptionen

Im vergangenen Jahr wurden in Berlin erstmals mehr als 30 Millionen touristische Übernachtungen gezählt – mehr als dreimal soviel wie 1999. Touristen bringen viel Geld in die Stadt: visitBerlin, die offizielle Tourismusorganisation der Stadt, schätzt den Umsatz der Branche auf über 10 Milliarden Euro im Jahr, vor allem im Gastronomiegewerbe, im Einzelhandel und bei den Dienstleistungen. Ein Großteil davon wird im Bezirk Mitte erwirtschaftet.

Dort wird das allerdings nicht von allen als Segen empfunden. Rund 30 % der Bewohner des Altbezirks Mitte fühlen sich vom Tourismus eher gestört, so ergab eine Umfrage im vergangenen Jahr im Auftrag von visitBerlin. In ganz Berlin antworteten nur 15 % so – unter anderem, weil sie die illegale Vermietung von Wohnungen als Ferienwohnungen als bedrohlich empfinden. In Alt-Mitte jedoch spüren viele die Auswirkungen ganz konkret: Wenn manche Straßen ständig von Reisebussen verstopft sind, wenn sich Menschenmengen auf Bürgersteigen stauen oder sich der Einzelhandel im Gebiet nur noch an den Bedürfnissen der Touristen orientiert, nicht mehr an denen der Anwohner. Andererseits empfinden viele ein belebtes Wohnumfeld auch ausdrücklich als positiv. Problematisch wird es jedoch vor allem, wenn die

se Belegung in der Nacht stattfindet und sich das Umfeld zur Partyzone entwickelt. Zum zweiten Mal traf sich am 29. Februar der »Runde Tisch Tourismus« im Rathaus Mitte, einberufen von der Wirtschaftsförderung des Bezirks. Die Teilnehmer bestanden zum Großteil aus Profis: Gewerbetreibende aus der Branche, Polizisten, etliche Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bezirksverordnete sowie der auch für Wirtschaft zuständige Bezirksstadtrat Carsten Spallek. Konkret betroffene Anwohner waren jedoch eindeutig die Minderheit. Das ausgegebene Ziel, »einen Beitrag zur weiteren Unterstützung der touristischen Entwicklung des Bezirks sowie zur Erhöhung in Hinblick auf negative Auswirkungen des Tourismus« zu leisten, schien die Bevölkerung nicht besonders anzusprechen.

Die organisiert sich unterdessen andernorts: Wenige Tage zuvor hatten sich mehrere Initiativen, vornehmlich aus Friedrichshain-Kreuzberg, im Roten Rathaus zum berlinweiten Erfahrungsaustausch »Stadtverträglicher Tourismus« getroffen und einen umfangreichen Maßnahmenkatalog verabschiedet: Darin enthalten sind Vorschläge für striktere Regelungen der Baunutzungsverordnung und der Lärmschutzverordnung, Forderungen wie die Einführung einer »Pipi-Steuer« für Getränkeverkäufer zur Finanzierung öffentlicher Toiletten und eines Pfandsystems für Wegwerfverpackungen oder die Etablierung von »Tourismusbeauftragten« auf Landes- und Bezirksebene.

So konkrete Vorschläge lieferte der »Runde Tisch Tourismus« noch nicht. Immerhin konnte man erfahren, dass es Überlegungen gibt, eine Art »Regionalmanagement« rund um den Alex anzustoßen. Ein solches exi-

stiert bereits in der City West: Dort kümmert sich ein von der Senatsverwaltung Wirtschaft, Forschung und Technologie finanzierter Regionalmanager um die Standortpflege, allerdings in Zusammenarbeit mit dem »Aktiven Zentrum City West«, das auch Zugriff auf Städtebaufördermittel gewährleistet. Die stünden einem »Regionalmanagement Mitte« nicht zur Verfügung, so dass noch ziemlich unklar blieb, mit welchen Mitteln sich das Management um was genau kümmern soll. Nach dem vorliegenden Organigramm lägen die Schwerpunkte in den Bereichen Kultur, soziales Platzmanagement und Wirtschaft (»City-Management«). Noch nicht klar sind zudem die lokalen Gebietsgrenzen: »Wir gehen bisher von der Bezirksregion Alexanderplatz aus«, erklärte Beate Brüning von der Wirtschaftsförderung Mitte, »werden das aber noch einmal überprüfen.« Die Bezirksregion erstreckt sich von der Charité über die Spandauer Vorstadt bis zur Karl-Marx-Allee und die Nördliche Luisenstadt, spart aber die Friedrichstadt aus (Bezirksregion »Regierungsviertel«) und damit auch wichtige touristischen Hotspots.

Einen starken Praxisbezug erreichte der Runde Tisch jedoch über die Beiträge des Präventionsbeauftragten des lokalen Polizeiabschnitts und der anwesenden Mitarbeiterin des Landeskriminalamtes. Denn natürlich sind die Touristengebiete auch Operationsfelder organisierter Kriminalität. Derzeit sind etwa am Alex verstärkt falsche Spendensammler unterwegs. Das Perfide dabei: Die Trickbetrüger stecken sich nicht nur die Bargeld-Spenden in die eigene Tasche, sondern arbeiten mit Taschendieben zusammen, die genau darauf achten, wo die Geldbörse verstaubt wird, um sie anschließend zu stehlen.

An diesem Punkt zumindest blitzte eine Idee davon auf, wie sich ein funktionierendes lokales Netzwerk aus Gastronomen, Einzelhändlern und Dienstleistern positiv auswirken könnte – wenn die ihre Kunden entsprechend informierten und an gezielten mehrsprachigen Aufklärungskampagnen teilnahmen. Ob Ähnliches auch zur »Erhöhung der Akzeptanzhaltung der Bevölkerung« denkbar wäre? Dazu müsste man aber auch anerkennen, dass es auch negative Auswirkungen des Tourismus gibt und dass langfristig alle davon profitieren würden, wenn es gelänge, diese in gewissen Grenzen zu halten. cs

Die Maßnahmevorschläge zum stadtverträglichen Tourismus findet man unter anderem auf der Website www.lokal-leben.org (Aktuelles, 2. Berlinweiter Erfahrungsaustausch).

Teepeeland – jetzt mit gemeinnützigem Verein



Seit einigen Jahren gibt es nun schon das Teepeeland am Spreeufer, direkt neben dem brachliegenden Areal der ehemaligen Eisfabrik. Viele Anwohner, Besucher und Spaziergänger kennen das kleine Dorf in der Stadt mit seinen Tipis, Jurten und kleinen Hütten, zwischen denen angelegte Beete gepflegt werden – auch einen gemeinsamen Versammlungs- und Lagerfeuerplatz gibt es. Auch im Winter leben hier Menschen, die diese alternative Lebensform bewusst wählen. Derzeit sind es ca. 20.

Dabei betrachten die Bewohner das Teepeeland aber nicht als abgeschottete Enklave – vielmehr ist ihnen der Kiez und die Nachbarschaft sehr wichtig, zu der sie gute Kontakte pflegen, beispielsweise zur Spreefeld-Genossenschaft, die gleich nebenan gebaut hat, oder zum Verein Spreeacker e.V.

Sie engagieren sich für ihr Umfeld, deshalb beteiligen sie sich auch an den öffentlichen Diskussionen zur künftigen Gestaltung des Spreeufers als öffentlicher Ort und bringen ihre Ideen auf Workshops und anderen Veranstaltungen ein. Beliebt sind auch die zahlreichen Kulturveranstaltungen, die das Teepeeland organisiert, von Filmabenden über Musik bis zu Performances.

Nun hat das Teepeeland auch einen offiziellen Trägerverein. »Das Teepeeland ist als multikulturelles, ökologisch ausgerichtetes und basisdemokratisches Projekt mittlerweile weit über Berlin hinaus bekannt«, sagt Niko Rollmann. Er wohnt nicht selbst im Teepeeland, gehört aber seit langem zu den Freunden und Unterstützern. »Die Frage war immer, wie man verhindern kann, dass das Teepeeland irgendwann einfach verschwindet. Es war langsam an der Zeit, auch eine Rechtsform für das Projekt zu finden.« Seit 2013 habe man gemeinsam darüber diskutiert, die Meinungen waren geteilt, bis sich schließlich die Einsicht durchsetzte, dass ein gemeinnütziger Trägerverein nicht nur einen rechtssicheren Rahmen schafft, sondern auch das Projekt nach außen repräsentieren kann. Es dauerte eine Weile, bis sämtliche Formalitäten (Vereinsgründung, Satzung, Notar, Anerkennung vom Finanzamt etc.) erfüllt waren. Nun ist die Gemeinnützigkeit anerkannt und der Verein ins Vereinsregister eingetragen – als »Teepeeland Nachbarschafts- und Kulturprojekt e.V.« Mitglieder sind sowohl Bewohner als auch Unterstützer und Freunde.

Der Verein will sich neben »repräsentativen Aktivitäten« wie z.B. kulturellen Veranstaltungen auch um die Pflege des örtlichen Uferbereichs kümmern und sich weiter beim Neugestaltungsprozess des

Ufers engagieren, so ist es auch in der Vereinssatzung festgehalten. Außerdem gehören auch Pflege und Dokumentation der denkmalgeschützten historischen Spuren wie die noch erhaltenen Reste der DDR-Grenzanlagen zu den Vereinszielen. us

Tempo 30 wegen Diesel?

An vielen Hauptverkehrsstraßen Berlins müsste ganztägig eine Tempo-30-Begrenzung eingeführt werden. Das zumindest wäre die Konsequenz eines Verwaltungsgerichtsurteils vom 4. Januar 2016, das einem Anwohner der Berliner Allee in Weißensee Recht gab.

Dort befindet sich ein Standort des Berliner Luftgüte-Messnetzes. An 28 von insgesamt 29 Messstationen an Berliner Hauptverkehrsstraßen war im Jahresmittel 2014 eine Überschreitung des zulässigen Grenzwertes für Stickstoffdioxid registriert worden. Der beträgt 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft, an der Berliner Allee wurden im Mittel 50 Mikrogramm gemessen.

Der vom Senat beschlossene Berliner Luftreinhalteplan sieht in solchen Fällen diverse Maßnahmen vor, u.a. die Reduzierung der Geschwindigkeit. Das Verwaltungsgericht gab der Klage auf ganztägige Tempo 30-Anordnung statt und ließ auch keine Berufung zu. Gegen diese Nichtzulassung der Berufung klagt jetzt der Senat vor dem Oberverwaltungsgericht.

Stickstoffdioxid ist hochgiftig und entsteht vor allem durch Dieselmotoren. Zwar sollte die Belastung durch die Einführung strengerer Normen für die Automobilindustrie zurückgehen. Wie inzwischen allgemein bekannt ist, wurde von der Industrie die tatsächliche Reduzierung aber in der Praxis trickreich umgangen. Die größte Belastung wurde in Berlin an der Station Leipziger Straße 32 mit 69 Mikrogramm Stickstoffdioxid gemessen, in der Friedrichstraße 72 wurde der Grenzwert mit 42 Mikrogramm dagegen nur knapp überschritten, genauso wie in der Frankfurter Allee 86b.

Die Klage wurde vom Bund Umwelt und Naturschutz (BUND) Berlin unterstützt. Der fordert vom Senat, auch an anderen Standorten mit Grenzwertüberschreitung Tempo 30 anzuordnen: »Falls nicht, stehen die nächsten Anwohner, die klagen möchten, schon bereit.« cs



25 Jahre Bürgerverein Luisenstadt

Jubiläumsfeier am 15. April im Café am Engelbecken

Kaum zu glauben, aber im April feiert der Bürgerverein Luisenstadt sein bereits 25-jähriges Bestehen: ein Vierteljahrhundert erfolgreicher Arbeit für das historische Gebiet.

1991, der Mauerfall war gerade zwei Jahre her fanden sich Anwohner von beiden Seiten der ehemaligen Staats- und Systemgrenze zusammen und gründeten den gemeinnützigen Bürgerverein Luisenstadt e.V. Sie wollten sich kennenlernen und sich gemeinsam um das Geschehen im Kiez kümmern. Vor allem sollte auf dem ehemaligen Grenzgebiet mit Mauer und Todesstreifen wieder ein Grünzug entstehen und das historische Engelbecken wieder hergestellt werden.

Die historische Luisenstadt wird seit 1920 teils vom Bezirk Mitte, teils von Kreuzberg verwaltet, war zusätzlich 40 Jahre lang in Ost und West geteilt, 27 Jahre lang zerschnitt die Mauer das Gebiet. Diese Trennung wollte der Bürgerverein überwinden und »verbinden, was zusammengehört«. Ein erstes großes Arbeitsfeld und ein großer Erfolg war die Wiederherstellung des zerstörten Gartendenkmals und des Luisenstädtischen Kanals sowie des Engelbeckens, das heute wieder ein beliebter Aufenthaltsort ist – auch dank des großen ehrenamtlichen Einsatzes des Vereins, der bis heute immer wieder leider auch mit Vandalismus am Engelbecken zu kämpfen hat und unermüdlich dessen Spuren beseitigt.

In den letzten Jahren hat der Entwicklungsdruck auf das Gebiet stark zugenommen. Deshalb wurden Teile der Luisenstadt als Sanierungsgebiet ausgewiesen, damit die Kommune das Geschehen besser steuern kann. Zugleich werden Fördermittel aus dem Denkmalschutzprogramm insbesondere in die öffentliche Infrastruktur investiert, zu den großen Vorhaben gehört die durchgehende Gestaltung des Spreeufers als öffentlicher Ort für alle.

Der Bürgerverein arbeitet dabei auch aktiv in der Betroffenenvertretung im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt mit. Er versteht sich dabei als »Stimme der Luisenstadt, als kompetenter erfahrener Ansprechpartner, als Kritiker und Vermittler, als gemeinsame Handlungsplattform und Forum der lokalen Zivilgesellschaft«, wie der Verein selbst schreibt: »Die Stadtentwicklung und die soziale Entwicklung zwischen Spree, Alter Jakobstraße und Landwehrkanal erfordern Transparenz, Öffentlichkeit und Einmischung. Bürgerschaftliches Engagement wird bei leeren öffentlichen Haushaltskassen unverzichtbar, um Fehlentwicklungen zu vermeiden.«

Der Verein beteiligt sich aber nicht nur aktiv an aktuellen Debatten im Gebiet, sondern sorgt mit zahlreichen Veranstaltungen auch für

kulturelle Belegung: Er organisiert Kiezführungen und Vorträge zu historischen Themen, Besuche bei Handwerksbetrieben, Angebote zum jährlichen »Tag des offenen Denkmals« und – last not least – das beliebte nichtkommerzielle, jährliche Stadtteilstadtfest. Zudem gibt es eine sehr informative und überaus gut gepflegte Website des Vereins, die über Aktuelles im Gebiet informiert.

Am Freitag, dem 15. April, will der Bürgerverein zusammen mit den Luisenstädtern und anderen Interessierten sein 25-jähriges Jubiläum feiern und lädt ab 15.30 Uhr ins Café am Engelbecken ein! Auch neue Mitglieder, die sich für ihren Stadtteil engagieren wollen, sind im gemeinnützigen Verein stets herzlich willkommen – ebenso wie Spenden. us

Bürgerverein Luisenstadt e.V., Büro: Michaelkirchstraße 2, 10179 Berlin, Telefon 279 54 08, E-Mail: buero@buergerverein-luisenstadt.de Website: www.buergerverein-luisenstadt.de

Auf der Website findet man auch einen virtuellen Rundgang zu empfohlenen interessanten Orten in der Luisenstadt und zu Erinnerungszeichen, die auf die lange Geschichte des Stadtteils verweisen.

Veranstaltungen des Bürgervereins Luisenstadt April bis Juni 2016

Sa, 9. April, 11.00–12.30 Uhr > Verkehrswege der Luisenstadt, Teil III Stadtrundgang mit dem Historiker Andreas Splanemann

Die dritte Führung zu den Verkehrswegen in der Luisenstadt beginnt am U-Bhf. Heinrich-Heine-Straße. Die heutige U-Bahnlinie U8 wird mit ihrer sehr wechselhaften Bau- und Entstehungsgeschichte auf dem Rundgang mehrfach eine Rolle spielen. Vorbei am Kölnischen Park geht es zum Museumshafen. Dort unterquert die U2 die Spree. Über die Fischerinsel führt der Rundgang dann zur Schleuse am Mühlendamm. Anschließend geht es zum U-Bahnhof Klosterstraße mit seinen baulichen Besonderheiten und zum Rest der Altberliner Stadtmauer, es geht um einen (fiktiven) Kriminalfall, besichtigt werden die Spuren eines unbekanntes U-Bahnhofs.

Treffpunkt: Heinrich-Heine-Denkmal, Heinrich-Heine-Straße 101 (am U-Bhf.)

Samstag, 5. Mai, 11 Uhr > Köpenicker Straße 8: wiederhergestellte Mischung von Wohnen und Arbeiten

Werkstattbesuch beim Gitarrenbauer Lutz Heidlindemann mit anschließendem Rundgang über das Grundstück und Besuch des Zweiradmuseums mit dem Architekten Stefan Klinkenberg
Seit Mitte der 80er Jahre wird die traditionelle Mischung von Wohnen und Arbeiten in der Luisenstadt wieder neu belebt. Seit 2001 hat der Gitarrenbauer Lutz Heidlindemann seine Werkstatt- und Geschäftsräume in der Köpenicker Straße, direkt am Spreeufer. Er betreute das Equipment bekannter Bands, repariert, restauriert und baut Instrumente nach Kundenwünschen. Zu den Kunden gehören Berufsmusiker wie Die Ärzte, Al Di Meola, Element of Crime und viele andere.

Stefan Klinkenberg lebt seit 1985 in der Köpenicker Straße 8 mit Familie, Architekturbüro und Zweiradmuseum. Mit seinem Architekten-Partner Kampmann sanierte und entwickelte er von 1985 bis 1993 die Köpenicker Straße 8 als Selbsthilfeprojekt. Beide sind tätig in den Bereichen Stadtentwicklung, Denkmalschutz, Ökologie und Soziales.

Treffpunkt: Eingang Köpenicker Straße 8

Die Teilnahme an allen Veranstaltungen ist kostenlos. Mehr Informationen finden Sie im Internet unter www.buergerverein-luisenstadt.de

Erinnerungen an die Berufsschule Rudi Arndt (1)

*Generationen von Druckern,
Schriftsetzern und Reprofotografen
wurden in der Michaelkirchstraße
17 ausgebildet*



Der Regisseur Leander Haußmann, der Karikaturist Ol, die Moderatorin Marion Brasch, die Schriftstellerin Katja Lange-Müller sind nur einige der späteren Prominenten, die in der Berufsschule »Rudi Arndt« zu Druckern oder Setzern für die DDR ausgebildet wurden. Auch ich lernte hier von 1986 bis 1988 Schriftsetzer, kann mich aber nicht einmal als Semi-Prominenten bezeichnen. Doch auch in meinem alten Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung ist ein Stempel der »Betriebsschule Rudi Arndt, Bildungsstätte der Druckerei Neues Deutschland« in der Michaelkirchstraße 17.

Seit 1990 ist Ahne mein Hausbesitzer-Nachbar und seit 1995 Reformbühnen-Kollege und, was es noch reizvoller macht, mich mit ihm auf einen Kaffee zu verabreden: auch er hat an der BS Rudi Arndt gelernt, allerdings vor meiner Zeit, von 1984 bis 1986 und zwar Drucker und nicht Schriftsetzer.

Wir schwelgen in meiner Küche in Erinnerungen, manche Namen von Lehrern fallen uns nicht mehr ein, andere würden wir hier sowieso anonymisieren. Ahne erinnert sich an die Begrüßungsfeier im Kino International, wo in einem Film alle Drucker weiße Kittel mit einem Kugelschreiber in der Tasche an hatten. In der Schule im Keller stank das alte Öl in den Maschinen: keine weißen Kittel, sondern verschmierte Blaumänner. Als Hänfling musste er als erstes schwere Walzen oder Farbwannen auswechseln, die ganze Wanne lief aus, ordentlich Gelächter, gute Laune von Anfang an.

Mir fällt das Fach »Polygrafische Kulturpolitik« bei Frau Kinzorra ein, die prompt von uns »Kinderzorro« genannt wurde. In Ahnes Klasse war es ähnlich, gleich, nachdem sie ihren Namen gesagt hatte, fragte jemand: »Dürfen wir Sie auch Zorro nennen?« Und sie hatte nicht einmal etwas dagegen. Sie war nett, zu jeder Ausstellung sagte sie: »Muss man unbedingt gesehen haben!« Und zu jedem Buch: »Muss man unbedingt gelesen haben!«

Bei mir war es das »Berliner Wappen« am Michaelkirchplatz, wo ich mit anderen Lehrlingen meinen Jugendalkoholismus auslebte, bei Ahne begann die Sauferei dagegen in der »Esse« an der Jannowitzbrücke. Bei manchen seiner Lehrfacharbeiter sei der Jugendalkoholismus nahtlos in den normalen übergegangen. Ein Herr V. ist ihm da besonders im Gedächtnis. Freitag sei Jugendtag, habe der erfunden, da könnten die Lehrlinge die Maschinen allein bedienen. Er konnte dann häufig nicht mehr allein hinausgehen.

Im Metzger Eck gab es einen Stammtisch der »schwarzen Künstler«, und das »Hühnergustl« in der Grünberger Straße hatten sogar ein Zimmer für die Drucker reserviert: »Was die Sachertorte in Wien, ist das Hühnergustl in Berlin.« In Ahnes Klasse gingen viele Punks und Skinheads, sogar ein Graffiti-Maler war dabei, der seiner Leiden-

schaft mit Autolack nachging und während des Unterrichts nur an seinen Vorlagen arbeitete. Auch ein Nazi gehörte dazu, der später die Weitlingstraße mit besetzte, und einer hielt sich für einen Außerirdischen und hatte zwei selbst gebastelte Antennen auf dem Kopf. Angenehme Erinnerungen hat Ahne an den schon etwas älteren Herrn Nikolaus, der fünf Minuten vor der Pause die »Vorbereitung auf die Pause« eingeführt hatte. Außerdem konnte man seinen Unterricht durch Fragen nach seinem Trabant oder nach Rock'n'Roll beliebig unterbrechen, das waren seine Steckenpferde, über die er dann lange Ausführungen von sich gab. Durchaus nicht uninteressant, da er von den illegalen Rock'n'Roll-Kneipen in der DDR in den 50er Jahren erzählte.

Mich erinnert das an unseren Lehrer für Betriebsökonomie, was BÖ abgekürzt wurde. Der kam oft in die Klasse, blickte sich um und sagte: »Ihr wisst alle, was Ihr zu tun habt?« und saß dann die ganze Stunde da und las ein Buch, wenn er besonders lustige Stellen fand, las er sie laut vor. Schöne Lehrzeit!

Es sind doch noch viele lustige und spannende Geschichten, die für die heutige Kolumne den Rahmen sprengen. Deshalb werde ich versuchen, hier an dieser Stelle gelegentlich noch einige zu erzählen. Leider konnte ich bisher nicht herausfinden, wann die Bildungsstätte gegründet wurde und wann geschlossen. Nur so viel: 1967 hat es schon gegeben und mindestens bis 1990 hat sie existiert.

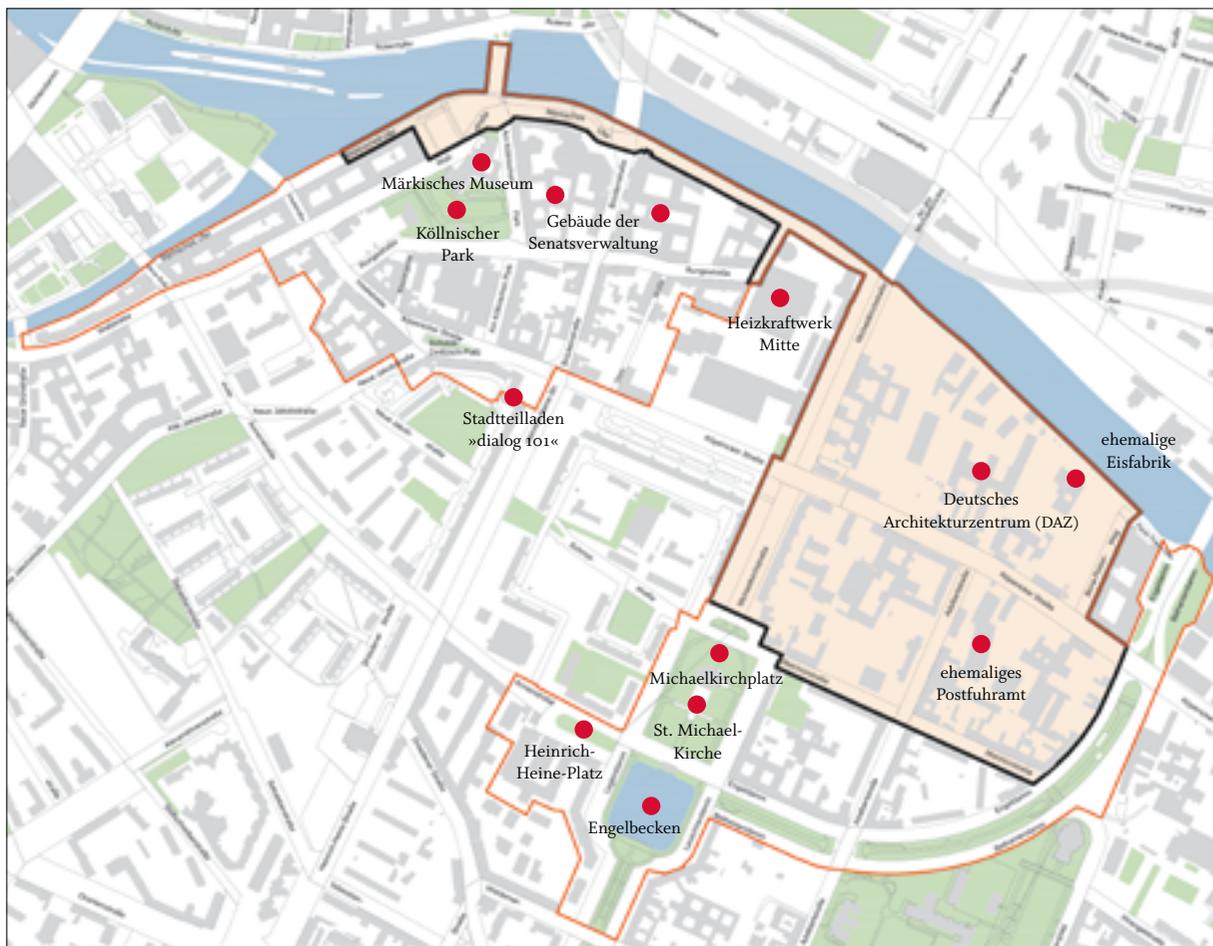
Heute erinnert an der Michaelkirchstraße 17/18 nichts mehr an den alten Gewerbebau. Büros und ein Altersheim befinden sich in einem schlichten Neubau von 1997 auf der früheren Brache vor der Schule. Aber die Gebäude der BS Rudi Arndt dahinter stehen noch.

Falko Hennig

Der Autor lädt täglich zum Stadtspaziergang »Lilienthal & Genossen« (2h, € 10,-) durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins ein, Treffpunkt: 11 & 14 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker, Anmeldung erforderlich: (0176) 20 21 53 39.

Foto: Die Gebäude der BS Rudi Arndt um 1993.





 Sanierungsgebiet
 Nördliche
 Luisenstadt

 Erhaltungsbereiche

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

[Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung](#)
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Amtsleitung: Kristina Laduch,
 Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

[Sanierungsverwaltungsstelle](#)
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
 Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

[Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt](#)
 Referat IV C – Stadterneuerung
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

[Gebietsbetreuung Luisenstadt \(Mitte\)](#)
 Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
 Urte Schwedler, Tel 33 00 28 44,
schwedler@kosp-berlin.de
 Bürgersprechstunde: Montag 14–18 Uhr
 im Stadtteilladen dialog 101,
 Köpenicker Straße 101

[Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt](#)
 Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

[Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt](#)
 Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr, Stadtteilladen dialog 101, Köpenicker Straße 101,
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,
 Tel 275 47 69, mail: vhobrack@gmx.de
 bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luisse-nord.de

[Bürgerverein Luisenstadt](#)
 Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
buero@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr